

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Einzelplan 08** entsprechend der **Beschlussempfehlung 14/3008**. Wer dieser Beschlussempfehlung und damit dem Einzelplan 08 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Damit ist der Einzelplan 08 in zweiter Lesung **beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Einzelplan aufrufe, gebe ich der Präsidentin des Landtages, Frau van Dinther, das Wort.

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, da so etwas sehr selten vorkommt, möchte ich Ihnen von dieser Stelle aus mitteilen, dass unsere Vizepräsidentin Angela Freimuth gestern ihr Kind zur Welt gebracht hat.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist ein kleiner Junge: 4.100 g, 57 cm. Mutter und Kind sind gesund. Ich habe im Namen des Hauses gratuliert. – Danke schön.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Präsidentin, für diese gute Nachricht.

Wir treten jetzt wieder in das Tagesgeschäft ein und kommen zu **Einzelplan 14:**

Ministerium für Bauen und Verkehr

Hier gibt es den Teilbereich Städtebau und Wohnen sowie den Teilbereich Verkehr. Ich weise darauf hin, dass hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3014 vorliegt. Zudem gibt es Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben die laufenden Nummern 77 bis einschließlich 87 in der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung zum **Teilbereich „Städtebau und Wohnen“**.

Die Debatte wird von der SPD-Abgeordneten Frau Ruff-Händelkes eröffnet.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Behandlung des Haushaltsentwurfes 2007 für die Bereiche Stadtentwicklung und Bauen steht am Ende dieser beiden Plenartage. Das entspricht ganz und gar der Bedeutung, die die Landesregierung diesen bei-

den Bereichen zukommen lässt – einer sehr untergeordneten Bedeutung.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, unterbrechen Sie Ihre Rede bitte kurz. – Ich halte es für ziemlich unhöflich von Ihnen, meine Damen und Herren im Saal, dass Sie, wenn Sie schon an der Debatte nicht teilnehmen wollen, das Ganze dann auch noch mit Ihrem Gerede begleiten.

(Allgemeiner Beifall)

Verlassen Sie doch bitte ruhig und schweigend den Sitzungssaal.

Bitte, Frau Ruff-Händelkes.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Meine Damen und Herren, hier wird zum wiederholten Male durch die schwarz-gelbe Landesregierung weniger gestaltet, weniger investiert und immer mehr eingespart. Das trifft in allererster Linie das Landeswohnungsbauvermögen, das dazu da ist – jetzt hören Sie bitte gut zu, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen –, die Menschen in diesem Land mit adäquatem Wohnraum zu versorgen und Innovationen voranzutreiben, beispielsweise zur Energieeinsparung. Hier nagt nach jahrzehntelangem Aufbau heute nicht mehr der Zahn der Zeit, sondern die schwarz-gelbe Karies, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

So sind ab dem Jahre 2000 erstmalig die Anteile des Bundes an den Zinsrückflüssen für die Wohnungsbaudarlehen zu zahlen. Dies geschieht nicht etwa aus dem Landeshaushalt, sondern aus dem Landeswohnungsbauvermögen.

Weiter entfallen die bisher üblichen Landeszuschüsse von 25 Millionen € an das Wohnungsbauvermögen.

Die nächste Attacke auf das Landeswohnungsbauvermögen – diesen Begriff werden Sie heute Abend noch öfter hören, meine Damen und Herren – erfolgt durch die vierte Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes. Im kommenden Jahr soll der Grundstücksfonds ebenfalls in einer Höhe von rund 25 Millionen € aus den Überschüssen der Wohnungsbauförderungsanstalt finanziert werden. Diese Überschüsse gingen bisher in einen anderen Topf. Sie dürfen raten, in welchen Topf – in das Landeswohnungsbauvermögen!

Herr Minister Wittke, den Grundstücksfonds haben Sie dem Wirtschaftsministerium überlassen,

anstatt selbst zu gestalten. Wir bedauern dies sehr.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wie kein anderer Bauminister in der Geschichte Nordrhein-Westfalens lässt Minister Wittke wider besseres Wissen und entgegen der Beratung durch Verbände und Bauwirtschaft den Wohnungsbaubereich ausbluten. Wie schon beim von der Landesregierung beabsichtigten LEG-Verkauf hat nicht er, sondern das Finanzministerium das Zepter des Handelns in der Hand.

Um kurzfristige Einspareffekte zu erreichen, wird eine langfristige Politikstrategie verworfen, die Sie uns allen noch Anfang der letzten Legislaturperiode verkündet haben. Wir wissen – das wissen auch Sie, meine Damen und Herren der Regierungsfractionen –, bei Wohnungen handelt es sich um langfristige Investitionen. Die Wohnungsnachfrage schwankt im sogenannten Schweinezyklus, sodass gerade hier antizyklisches Verhalten notwendig wäre.

Die Folgen dieses Tuns sind nicht unmittelbar zu bemerken, sondern um einige Jahre zeitversetzt, sodass Sie diese wahrscheinlich gar nicht mehr in eigener Regie erleben werden, Herr Bauminister. Aber ich denke, das hat man Ihnen bereits in der Vergangenheit gesagt. Ich sage Ihnen das auch gerne: Ihre wohnungswirtschaftliche Politik – dazu werde ich gleich noch Beispiele anführen – ist sehr kurzfristig gedacht. Wir hier in Nordrhein-Westfalen brauchen aber eine langfristige Perspektive für die Menschen und auch für die Bauwirtschaft.

Jetzt aber zu Ihren Gesetzen! Das Vierte Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes ist hierfür ein ganz gutes Beispiel. Innerhalb von eineinhalb Jahren wird ein und dieselbe Rechtsmaterie nun zum vierten Mal von der Landesregierung geändert. Das zeugt von Konzeptionslosigkeit und kurzfristigem Ad-hoc-Agieren. Davon haben wir hier im Land nichts. Herr Minister, bitte nehmen Sie sich unsere Worte zu Herzen.

Jetzt kommt etwas Erfreuliches. Erfreulicher sieht es schon bei der Stadtentwicklung aus, insbesondere bei den städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen und dem Programm „Stadtumbau West“. Bewegungen in diesen Bereichen sind aber ausschließlich auf die Erhöhung der Bundesmittel durch das sozialdemokratisch geführte Fachministerium zurückzuführen. Die Landtagsfraktion der SPD hat sich für diese Erhöhung der Bundesmittel in besonderer Weise ein-

gesetzt. Ich bin froh, dass wir entsprechende Erfolge verzeichnen können.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal zum Grundstücksfonds kommen. Bei landeseigenen Grundstücken, die zurzeit von der LEG verwaltet werden, sind finanzielle Mittel nötig, um Grundstücke aufzubereiten und Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Im Bauetat aber werden keine neuen Investitionen getätigt. Woher werden also die nötigen Mittel zur EU-Kofinanzierung genommen? Sie kommen bestimmt nicht vom Finanzminister, aber sie kommen aus dem Landeswohnungsbauvermögen. Dies war bisher ein zentrales Instrument, um zukunftsweisende Wohnungspolitik in NRW verlässlich und nicht nach aktueller Kassenlage zu fördern.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Herr Minister Wittke, auch wenn Sie gleich verkünden, wie viel Geld Sie für den Wohnungsbereich ausgeben, frage ich Sie: Brauchen Sie das Landeswohnungsbauvermögen nicht? Regelt das jetzt auch der freie Markt? – Dieser Richtungswechsel ist ein entscheidender Grund, weshalb die SPD-Landtagsfraktion den Bereich Bauen und Stadtentwicklung im Haushaltsentwurf 2007 ablehnt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie mir trotz meiner etwas rauhen Stimme geschenkt haben.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU hat jetzt Herr Kollege Sahnen das Wort.

Heinz Sahnen^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Einzelplan 14 werden Wohnungs- und Städtebau gemeinsam besprochen. Wir können in diesem Bereich sehr deutlich feststellen, dass wir die in 2006 begonnene Politik gerade im Haushalt 2007 in wesentlichen Punkten fortschreiben. Es ist wichtig, ein paar Punkte aus der Bilanz deutlich hervorzuheben.

Der erste Punkt: Wir setzen in der Förderpolitik auf Kontinuität und Verlässlichkeit. Dies geschieht im Gegensatz zu der Mär, die Sie verbreitet haben, Frau Ruff-Händelkes, wonach ein Einbruch käme. Das ist absolut nicht der Fall. Wir werden weiterhin auf einem hohen Niveau fördern. In diesem Jahr sind Darlehen in Höhe von 917 Millionen € für die Wohnungsbauförderung aus dem Wfa-Vermögen geflossen. Das ist richtig und gut so. Diese Politik wird fortgesetzt.

Zweiter Punkt: Wir wollen Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen geben. Stichwort: Demografie. – Es ist notwendig, die Altersversorgung zu ermöglichen. Dazu gehört gerade für junge Familien auch die Eigentumsbildung.

Einen anderen Punkt haben wir in diesem Jahr sehr konsequent durchsetzen können. An vier Beispielen wird deutlich, dass wir Bürokratieabbau betreiben. Das sind die richtigen Antworten. Zum Bürokratieabbau will ich die Stichworte noch einmal kurz in Erinnerung rufen.

Erstens: Wir haben die Fehlbelegungsabgabe dankenswerterweise abschaffen können. Ich denke, an dieser Stelle bekommen wir sogar von vielen Sozialdemokraten Beifall. Das ist gut so; das ist eine richtige Entscheidung.

Zweitens: Wir haben die Zweckentfremdungsverordnung zum 31. Dezember aufgehoben.

Drittens: Wir haben die Kündigungssperrfristverordnung neu geregelt.

Viertens ist in diesem Zusammenhang wichtig: Wir haben die Zahl der Genehmigungsbehörden für Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung von 88 auf 54 reduziert. Dabei legen wir in besonderer Weise jetzt den Schwerpunkt auf Kreise und kreisfreie Städte.

Wohnungsbaupolitik ist vor allem auch im Hinblick auf das zu sehen, was wir in diesem Jahr beschlossen haben. Das ist gerade im Kontext der Entscheidung der Landesregierung und der Bestätigung durch das Parlament im Hinblick auf den Verkauf der LEG der Fall. Das ist eine sicherlich ganz wichtige Maßnahme.

Wir haben richtig daran getan, sehr anspruchsvolle Sozialstandards zu formulieren. Wir sind sehr dankbar, dass Finanzminister Dr. Helmut Linssen und Bauminister Oliver Wittke eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt haben, die diesen Prozess sehr sorgfältig begleitet. Sie achtet darauf, dass die von uns festgelegten und formulierten Standards eingehalten werden. Das ist ein wichtiger Punkt.

Ich komme noch einmal zu Ihrer Mär, wir würden das Wohnungsbauvermögen abschmelzen oder sogar verhökern, wie Sie es ausgedrückt haben. Das ist absolut nicht der Fall. Ich habe schon erwähnt, dass auch in diesem Jahr 917 Millionen € abgeflossen sind. Diese Höhe an Mitteln gab es in den letzten Jahren mehr oder weniger immer. In gleicher Weise ist die Zahl der Fälle auf diesem hohen Niveau geblieben. Dadurch wird die Kontinuität auf diesem Gebiet deutlich.

Lassen Sie mich noch einmal auf den Grundstücksfonds zu sprechen kommen. Wir setzen in den Jahren 2007 und 2008 zwei Maßnahmen aus dem Zinsgewinn des Wohnungsbauvermögens für Mittel des Grundstücksfonds ein, damit eine Komplementärfinanzierung erfolgen kann. Das haben Sie richtig gesagt. Würden wir das nicht tun, müssten wir entweder das Geld aus dem Landeshaushalt nehmen oder die EU-Mittel zurückgeben. Beides wollen wir nicht. Deswegen haben wir uns für die Jahre 2007 und 2008 für diesen Weg entschieden. Wir unterstützen diesen vorgeschlagenen Weg ausdrücklich.

Zum Städtebau: Wohnungsbau und Städtebau hängen eng zusammen. Das wird in besonderer Weise deutlich, wenn wir uns das Stichwort „Soziale Stadt“ ansehen. Da wird eine Menge getan. Die Rahmenbedingungen ändern sich gerade in diesem Bereich erheblich, und es geschieht deutlich etwas. Sie haben darauf hingewiesen, dass das vom Bundesfinanzministerium kommt. Nun gut; wenn das so ist, ist das sicherlich zu begrüßen. Wir steuern aber auch aus dem eigenen Haushalt eine Menge bei. Wir haben als Land ja auch den Auftrag, diese Dinge umzusetzen.

Für uns ist es ganz wichtig, an den Punkten festzuhalten, die wir in einer gemeinsamen Sitzung in Gelsenkirchen beschlossen haben, nämlich im Bereich des Städtebaus in besonderer Weise die Innenstädte zu betonen und uns deutlich das Stichwort „Soziale Stadt“ vorzunehmen. Dazu gehören auch einschneidende Maßnahmen bis hin zum Rückbau. Vornehm heißt es „Stadtumbau West“. Konkreter könnte man von Rückbau sprechen. Etwas platter ausgedrückt handelt es sich um einen Abriss. Das ist eine notwendige Maßnahme. Wir stehen dazu. Wir sind der Auffassung, dass das in diesem Zusammenhang mit erledigt werden muss.

Insgesamt sind wir der Auffassung, dass wir gerade im Bereich des Städtebaus auf einem vernünftigen Weg sind. Ich habe die Punkte, die wir seinerzeit in Gelsenkirchen besprochen haben, schon erwähnt. Ich denke auch, dass wir durch Evaluierung des Programms von Immobilien- und Standortgemeinschaften in 21 ausgewählten Städten die gemeinsame Erkenntnis gewonnen haben, dass wir uns den Innenstädten verstärkt zuwenden müssen. Das tun wir. Ich will einfach einmal das Stichwort Kamen-Süd nennen, das aufgerufen ist. Wir werden das alsbald, wohl im kommenden Jahr, angehen – allerdings in Verbindung mit Einzelhandelserlassen und planungsrechtlichen Fragen. Wir haben uns verständigt, das gemeinsam anzugehen.

Unser ausdrücklicher Wille ist aber – das wiederhole ich an dieser Stelle –, das gemeinsam mit den Einzelhandelsverbänden, aber auch mit den Städten und Gemeinden zu tun. Wenn wir das schaffen, ist das ein richtiger Weg. Dann sind wir tatsächlich dabei, den Städten ein neues Gesicht zu geben und sie zu wirklichen Zentren zu machen, wo Lebensqualität deutlich wird, wo Menschen gut leben können, wo Kultur, Kommunikation, aber auch Handel und Dienstleistung sowie Wohnen möglich ist. Das ist unsere Zielsetzung.

Wenn wir das erreichen, sind wir auf einem guten Wege, im Bereich „Städtebau und Wohnen“ den Anspruch dieser Regierung zu erfüllen, den der Ministerpräsident häufig zitiert: Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb stimmen wir dem Entwurf von Einzelplan 14, Teilbereich „Städtebau und Wohnen“, in zweiter Lesung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sahnen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Becker das Wort.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Herr Kollege Sahnen, der Einzelplan 14 zeichnet sich eben nicht dadurch aus, dass er auf der einen Seite von wirtschaftlicher Vernunft und auf der anderen Seite von dem Gedanken sozialer Gerechtigkeit geprägt ist. Vielmehr nehme ich an, dass dieser Haushalt von dem ideologischen Grundsatz der Heuschreckenpartei geprägt ist und von einem ideologischen Grundsatz eines Ministers,

(Ralf Witzel [FDP]: Hilfe!)

der das in der Vergangenheit schon öfter bewiesen hat, nämlich dem Grundsatz „Privat vor Staat“, der aus meiner Sicht an dieser Stelle wirtschaftlich nicht vernünftig ist.

„Privat vor Staat“ – mit dieser Ideologie, Herr Minister, haben Sie auch als ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen Ihrer Stadt eine Altlast hinterlassen, die der jetzige Oberbürgermeister abräumen muss. „Gelsenkirchen saniert den Sanierer“ ist die heutige Überschrift in der „taz NRW“, mit dem die misslungene Sanierung des Hans-Sachs-Hauses jetzt mit einem PPP-Modell beendet werden soll. 20 Millionen € muss die Stadt Gelsenkirchen für die Altlasten von Oliver Wittke aufbringen. Damit stellt sich heute die Frage, was das Land zukünftig für die

vom Abbruchminister produzierten Altlasten aufbringen muss.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dieser Haushalt ist für den Bereich „Städtebau und Wohnen“ kein Haushalt für die Zukunft, sondern es ist ein Haushalt des Abbruchs. Es ist ein Haushalt mit gekürzten Investitionen. Es ist ein Haushalt, mit dem zulasten künftiger Generationen verzehrt wird. Es ist ein Haushalt des Stillstands in der Stadtentwicklung. Es ist ein Haushalt mit mehr Flächenverbrauch. Es ist ein Haushalt mit Zersiedlung und Umweltzerstörung, und vor allem ist es ein Haushalt gegen die Mieterinnen und Mieter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe bedeutet Sozialwohnungen für Reiche. Subventionsvorteile werden in diesem Land – in diesem Fall allerdings mit tatkräftiger Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion – nicht mehr abgeschöpft. Im Ergebnis fehlen der Wfa und dem Wohnungsbauvermögen des Landes insgesamt 34 Millionen € jährlich an Einnahmen. Es passt ins Bild, dass der Investitionsrahmen für die Modernisierung und den Neubau von Wohnungen um 40 Millionen € zurückgefahren wird. Die Wohnungswirtschaft braucht allerdings diese Investitionen für die Erneuerung der Wohnungsbestände, und die mittelständischen Unternehmen brauchen diese Investitionen in besonderem Maße.

Auch für die Stadtentwicklung und Stadterneuerung sind die Landesmittel in den Städten und Gemeinden in dieser Zeit zur Spardose geworden. Bereits bei der Übertragung der Städtebauförderungsmittel aus dem kommunalen Steuerbund für den Haushalt 2006 hat es die Beratung nicht überdauert, dass die ursprüngliche Summe der Zweckzuweisungen bereits um 15 Millionen € gekürzt worden ist. Für das Jahr 2007 haben Sie mit weiteren 5 Millionen € zugeschlagen. Sie haben sich also um insgesamt 20 Millionen € von den ursprünglichen 121 Millionen € entfernt. Die Städtebauförderungsmittel als zentrale Investitionsförderungsprogramme in diesem Land sind eigentlich für diese Kürzung zu schade gewesen. Diese Mittel sind bereits allein aus den Verpflichtungen der Vorjahre verplant. Sie haben wenig Geld für neue Maßnahmen – und das vor dem Hintergrund, dass jeder eingesetzte Euro 8 € Nachfolgeinvestitionen nach sich zieht.

In diesem Zusammenhang will ich auf ein weiteres Ärgernis hinweisen. Wer die zeitlichen Abläufe in diesem Jahr gesehen hat, musste zur Kenntnis

nehmen, dass die entsprechenden Erlasse für die Städtebauförderung erst im Oktober die Bezirksregierungen erreicht haben und damit alle fünf Regionalräte ausgehebelt worden sind, ihr gesetzlich verbrieftes Recht wahrzunehmen, über diese Mittel zu beraten und eine Priorisierung vorzunehmen. Das ist besonders kritikwürdig,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

weil man weiß, dass das für das Jahr 2007 wieder genauso angelegt ist. Die Bezirksregierungen sollten die Mittel bereits bis zum 15. Dezember anmelden, ohne dass die Regionalräte – alle fünf! – darüber beraten konnten.

Das und die Anwendung im nächsten Jahr – sie wird nämlich zwingend sein durch die Zuweisung des Jährlichkeitsprinzips in die Fachetats – wird zu enormen Schwierigkeiten beim Abfluss der Städtebauförderungsmittel führen. Um es ganz deutlich zu sagen, Herr Minister Wittke: Entgegen Ihren lauten Ankündigungen, mit denen Sie den Eindruck zu erwecken versuchen, in diesem Kabinett ein Schwergewicht zu sein, glaube ich, dass Sie in Wahrheit eine der Spardosen von Herrn Linssen darstellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Unter dieser Landesregierung sind in den Städten und Gemeinden dieses Landes in diesem Bereich Investitionsausfälle in Höhe von 160 Millionen € zu verzeichnen.

In diesem Land soll neuerdings Vermögen verzehrt werden. Diesem Parlament liegt zurzeit der Entwurf zur vierten Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes vor. Der Hintergrund ist, dass aus dem Wohnungsbauvermögen des Landes – das wurde hier eben erwähnt – die Finanzierung für die Aufgaben der Projekte des Grundstücksfonds erfolgen soll.

Wer sich ein wenig damit beschäftigt hat, herauszufinden, was der wahre Hintergrund ist, weiß: Dass Sie diese Operation vornehmen müssen, ist letztlich der Tatsache geschuldet, dass Sie die LEG privatisieren wollen. Das heißt, Sie haben hier eine weitere Folgewirkung Ihrer „Privat vor Staat“-Ideologie zu verzeichnen. Sie ziehen nämlich aus dem Wohnungsbauvermögen erneut zig Millionen € heraus, weil Sie in diesem Land im nächsten Jahr die LEG privatisieren wollen.

Sie wissen, dass Sie an dieser Stelle eigentlich ein rechtliches Problem vor sich haben. Ich bin sehr gespannt, wie Sie das in den nächsten Monaten umschiffen wollen. Das werden Sie nicht durch eine einfache Gesetzesänderung hinbekommen. Ich bin mir sehr sicher, dass es noch

rechtliche Überprüfungen geben wird, und ich bin gespannt, ob Sie alle Klippen umschiffen können.

Fest steht auf jeden Fall, dass unter der Vorgängerlandesregierung ein solches Verhalten, nämlich ein solcher Verzehr des Wohnungsbauvermögens, ein Tabu war. Sie brechen dieses Tabu, obwohl die Rahmenbedingungen in diesem Land eigentlich eine aktive Wohnungspolitik des Landes und der öffentlichen Hand notwendig machen.

Meine Damen und Herren, in der Wohnungspolitik folgt diese Landesregierung – dieser Minister – nur einem Ziel: Aus ideologischen Motiven werden den Kommunen sämtliche Instrumente einer aktiven Wohnungspolitik aus der Hand geschlagen. In wenigen Tagen, zum Jahreswechsel, wird die Kündigungssperrfristverordnung abgeschafft und die Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum wird auslaufen.

Der Abbau des Schutzes der Mieterinnen und Mieter vor dem Kündigen der Wohnung dient aber einzig und allein dem Zweck, den Verkaufspreis für die LEG-Wohnungen nach oben zu treiben. Zum Zweck der Haushaltssanierung wird mehr als 300.000 Menschen in den LEG-Wohnungen eine sichere Zukunft genommen. In diesem Sinne werden mehr als 300.000 Menschen in den LEG-Wohnungen den Heuschrecken zum Fraß vorgeworfen.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Die „Heuschrecken-Liberalen“ sorgen für eine höhere Marge in der Immobilienwirtschaft. – Aber dass die CDU-Fraktion, die sich früher als Oppositionsfraktion für die Kommunalisierung der Zweckentfremdungsverordnung eingesetzt hat, jetzt davon nichts mehr wissen will, sondern bei diesem Kurs mitmacht, ist aus meiner Sicht hoch bedauerlich.

Zusammengefasst lässt sich feststellen: Die selbst ernannte Partei eines selbst ernannten Arbeiterführer, die selbst ernannte Partei der sozialen Schutzrechte macht in der Wohnungs- und in der Wohnungspolitik das Gegenteil. Sie zerschlagen jeglichen sozialen Ansatz der Wohnungspolitik in NRW. Das machen Sie mutwillig. Sie wissen, was Sie tun, und Sie setzen das alles auf den Altar der FDP. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Becker, der Staatssekretär Karl-Peter Brendel hat heute um 15 Uhr zum Schlehenspunsch eingeladen. Es waren eine Menge Kollegen, auch von den Grünen, anwesend. Vielleicht hätten auch Sie hingehen sollen. Dann wären Sie ein bisschen sachlicher und weniger angriffslustig gewesen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– So gut kenne ich ihn nicht, Herr Remmel. Vielleicht kennen Sie ihn besser. – Herr Becker, vor dem Hintergrund Ihrer Schuldenpolitik in den vergangenen zehn Jahren hat es mich gewundert, dass Sie den Begriff „Spardose“ überhaupt kennen. Zehn Jahre lang kannten die Grünen und die SPD den Begriff „Spardose“ in keiner Weise. Ich glaube, für jeden Minister in diesem Kabinett ist es ein Lob, wenn er den Begriff „Spardose“ kennt.

Kommen wir zum eigentlichen Thema! Die Grundlagen für die Städtebau- und Wohnungspolitik haben sich in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren verändert. Der Wohnungsmarkt ist in weiten Teilen entspannt. In vielen Bereichen gibt es eine Überregulierung, und in Altbeständen gibt es zunehmend Leerstände.

Die neue Koalition von FDP und CDU hat sich deshalb auf einen Neuanfang in der Städtebau- und Wohnungspolitik für lebenswerte Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen verständigt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Lebensmüde!)

– Herr Becker, vielleicht trinken wir nachher einen Schlehenspunsch zusammen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Seit der Landtagswahl sind bereits einige Schritte erfolgt. Die Beschränkung der Eigentumsförderung auf Grundstücke unter 400 m² wurde abgeschafft. Die Siebenjahresfrist wurde verlängert. Aufgrund des Vorschlags der Enquetekommission „Zukunft der Städte“ wurde die Fehlbelegungsabgabe überprüft und anschließend abgeschafft. Die Wohnraumförderbestimmungen werden durch die Abschaffung der Kündigungssperrfristverordnung und das Auslaufen der Zweckentfremdungsverordnung von bürokratischen Hemmnissen eindeutig befreit. Die Regelung für Gebäudeabstandsflächen haben wir in diesem Jahr per Gesetz wesentlich vereinfacht.

Im Bereich der Förderung des sozialen Wohnraums wurde die Zahl der Beratungs- und Bewilligungsstellen von 88 auf 54 reduziert. Dadurch bleiben die hohe Qualität und die Bürgernähe be-

stehen. Die Wohnungsbauförderung bleibt wie im vergangenen Jahr – und im Vergleich zu den anderen Bundesländern – auf einem äußerst hohen Niveau. Dank der Ergebnisse der Föderalismusreform konnte das Volumen sogar von 890 Millionen € auf 900 Millionen € angehoben werden.

Der Grundstücksfonds ist aus den Jahresüberschüssen der Wfa gesichert. Für die Stadterneuerung werden wir im kommenden Jahr insgesamt 114 Millionen € bereitstellen, 10 Millionen € mehr als im Jahr 2006. Die Pläne zur Veräußerung der LEG haben sich im Laufe des Jahres konkretisiert. Das ist gut für die hochverschuldete LEG und auch – aufgrund der hohen sozialen Standards – für die Mieterinnen und Mieter.

Im Gegensatz zu Rot-Grün haben wir im Haushalt keine Erlöse etatisiert. Das hat nämlich Rot-Grün im Doppelhaushalt 2004/2005 in einer Größenordnung von 108 Millionen € sehr wohl getan. Obwohl die Opposition sogar die Verkaufserlöse veranschlagt hat, versucht sie, ein Horrorszenario aufzubauen – Herr Becker hat es heute wieder versucht –, das es gar nicht gibt.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ihr Vorgehen war und ist ausschließlich politisch motiviert. Die Verunsicherung der Mieter selbst zu Weihnachten war für Sie absolut nachrangig. Meine Damen und Herren, Sie erkennen es doch: Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen folgen Ihnen nicht.

Im nächsten Jahr liegen weitere Aufgaben vor uns: Baugesetzbuch, Rauchwarnmelder und Bits sind einige Beispiele. Und natürlich – das möchte ich hiermit mit einem Satz erwähnen – sind Bits eine Möglichkeit, um innerstädtische Zentren zu stärken.

Meine Damen und Herren, bei CDU und FDP ist die Städtebau- und Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen gut aufgehoben. Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf diese Koalition in Nordrhein-Westfalen verlassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Landesregierung hat jetzt Minister Wittke das Wort.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ja, es ist wahr, auch der Bau- und Verkehrshaushalt trägt zur Haushaltskonsolidierung in Nordrhein-

Westfalen bei. Ich sage ganz deutlich: Ich bedauere das nicht, denn ich glaube, dass die Konsolidierung und das In-Ordnung-Bringen der Finanzen in Nordrhein-Westfalen nicht nur eine Aufgabe des Finanzminister ist, sondern dass jeder Fachbereich seinen Beitrag dazu leisten muss.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Darum nutzen wir auch bei den Erträgen des Landeswohnungsbauvermögens Spielräume, die in der Vergangenheit anders genutzt worden sind. Ja, da setzen wir andere Prioritäten. Das ist wichtig. Aber vor dem Hintergrund eines Fördervolumens auch im nächsten Jahr von über 900 Millionen € hier so zu tun, als wäre der Untergang des Abendlandes nahe, als würde soziale Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen nicht mehr stattfinden, das ist schon eine Unverschämtheit, die ihresgleichen sucht.

(Zuruf von Dieter Hilser [SPD])

Frau Ruff-Händelkes, nehmen Sie zur Kenntnis: Wir in Nordrhein-Westfalen geben im nächsten Jahr mehr für die Wohnraumförderung aus als alle anderen Bundesländer in Deutschland zusammen, als Niedersachsen, Bayern, Schleswig-Holstein, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Hamburg, wen Sie auch immer nehmen wollen! Wir in Nordrhein-Westfalen geben mehr für Wohnungsbauförderung aus. Ich finde, da ist es schon eine Frechheit, hier so zu tun, als würde da ein ganzes System zusammenbrechen.

(Beifall von der CDU)

Wahr ist aber auch: Wir gehen nicht mehr mit der Gießkanne durchs Land. Wir pfeffern das Geld nicht einfach heraus, sondern setzen Schwerpunkte, und zwar ganz bewusst, vor allem im Landeswohnungsbauvermögen. Wir nutzen es nämlich ausschließlich dafür, den demografischen Wandel in unserem Land Nordrhein-Westfalen zu begleiten, indem wir Schwerpunkte beispielsweise gegen die Stadtfucht und gegen die Zersiedlung der offenen Landschaften und des ländlichen Raumes setzen.

Wir setzen einen besonderen Schwerpunkt bei der Barrierefreiheit, weil die Gesellschaft immer älter wird. Wir setzen die Schwerpunkte auch dadurch, dass wir versuchen, insbesondere Wohnungsbaubestände aus der Nachkriegszeit und die großen Bausünden der 70er-Jahre öffentlich flankiert zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, noch eine Bemerkung zur Fehlbelegungsabgabe. Also, Herr Becker, dass das jetzt Sozialwohnungen für Reiche sein sollen: Herr Becker, ich möchte Sie einladen,

meine Heimatstadt Gelsenkirchen zu besuchen. Dann würde ich Ihnen gerne die 7.000 öffentlich geförderten Wohnungen zeigen, die dort frei stehen. Dann möchte ich gemeinsam mit Ihnen auf die Suche gehen, um die Reichen zu finden, die in diese Sozialwohnungen einziehen.

Wissen Sie, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben? Diejenigen, die es zu einem kleinen bescheidenen Wohlstand gebracht haben, diejenigen, die wichtig sind, um eine bunte soziale Mischung in schwierigen Stadtquartieren zu erhalten, haben Sie mit der Strafsteuer Fehlbelegungsabgabe genau aus diesen Wohnquartieren herausgetrieben!

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]:
Das stimmt nicht, das wissen Sie doch!)

Darum sage ich: Es war nicht die Abschaffung irgendeiner Abgabe, sondern es war praktizierte Sozialpolitik, was wir mit der Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe getan haben.

Noch eine Bemerkung zum Einwand von Herrn Becker, dass die Städtebauförderung erst so spät im Jahr verteilt würde! Ja, es ist wahr. Das lag daran, dass die Bundesmittel erst so spät kamen, weil der Bundeshaushalt erst im Juni verabschiedet wurde und deshalb die Mittel noch nicht eingeplant werden konnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass wir nach wie vor 900 Millionen € für die Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellen. Genauso froh bin ich darüber, dass insgesamt 114,2 Millionen € für die Städtebauförderung im kommenden Jahr zur Verfügung stehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Becker?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Prima. Herr Becker, bitte.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Herr Minister, ich möchte Sie fragen: Ist es richtig, dass die Bundesmittel bereits im August den Ländern zugewiesen wurden und dass die Bezirksregierungen Ihren Erlass erst im Oktober bekommen haben mit der Folge, die ich eben beschrieben habe, dass nämlich die Regionalräte das ihnen gesetzliche zugeschriebene Recht nicht wahrnehmen konnten?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Becker, ich kann Ihnen bestätigen, dass wir Anfang kommenden Jahres, weil sowohl der Bund als auch das Land Nordrhein-Westfalen rechtzeitig ihren Haushaltsplan verabschieden, die Bezirksregierungen in die Lage versetzen werden, Bewilligungsbescheide zu erlassen.

Ich sage Ihnen auch, dass kein einziger Euro aus Städtebauförderungsmitteln im laufenden Jahr verloren gegangen ist, weil die Finanzplanung es in umfangreichem Maße ermöglicht hat, dass diese Mittel noch angewandt werden konnten. Sie wissen, dass es vorher Abschlüsse gab. Sie wissen auch, dass die Mittel von diesem Jahr in das nächste Jahr übertragbar waren, sodass jeder einzelne Euro auch tatsächlich da ankommt, wo er hingehört, nämlich bei den Kommunen. Von daher verstehe ich in der Tat die Aufregung nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, erlauben Sie eine zweite Zwischenfrage des Abgeordneten Becker?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Gerne auch noch eine dritte, wenn Sie die Zeit nicht anrechnen. Ich muss gleich allerdings zu einer Diskussion über den Flughafen nach Ratingen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, Sie können ganz beruhigt sein. Wir stoppen die Zeit jedes Mal, sodass Sie Ihre Redezeit behalten, auch wenn Sie die Frage ausführlich beantworten.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident, mit Verlaub möchte ich Sie immer wieder daran erinnern, weil Sie die Uhr gerade nicht sofort angehalten haben. Aber das spielt sich sicher ein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das haben wir bemerkt. Wir beachten alles, Herr Minister; von hier oben haben wir volle Kontrolle. – Herr Kollege Becker, Ihre Frage bitte.

Horst Becker¹⁾ (GRÜNE): Herr Minister, in Anbetracht Ihrer Antwort, die für sich sprach, möchte ich Ihnen gerne eine weitere Frage stellen. Ist es richtig, dass es möglich gewesen wäre, in der Zeit zwischen März und Mai diesen Jahres eine vorläufige Liste in den jeweiligen Regierungsbezirken mit den dortigen Regionalräten zu beraten, dass aber Ihr Haus den Bezirksregierungen signalisiert hat, dass das nicht gewünscht ist, damit die Regionalräte nicht zu früh beraten können?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Nein, ich kann nicht bestätigen, dass die Regionalräte nicht zu früh beraten sollten. Ich kann Ihnen aber sagen, dass es im Interesse der Regionalräte liegt, zuerst zu wissen, wie viel Geld überhaupt zur Verfügung steht, weil davon auch abhängt, welche Entscheidungen für Förderprojekte tatsächlich getroffen werden. Daher ist es sinnvoll, abzuwarten, bis auch der Bundeshaushalt verabschiedet ist, damit klar ist, welche Bundesmittel zur Verfügung stehen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, noch einmal zum Thema Städtebauförderung! 114,2 Millionen € stehen im nächsten Jahr zur Verfügung. Auch da gilt: nicht Gießkanne, sondern Wasser Schlauch.

Wir wollen insbesondere Schwerpunkte beim Stadtumbau West setzen. Denn es wäre komisch und wahrscheinlich ein Bruch in meiner eigenen Biografie, wenn ich das, was ich als Oberbürgermeister von Gelsenkirchen gefordert hätte, jetzt nicht auch als Städtebauminister in die Tat umsetzen würde. Ja, es ist wahr, es gibt auch Stadtumbaubedürfnisse in den Städten Nordrhein-Westfalens.

Gott sei Dank hat mittlerweile auch der Bund eingesehen, dass es Stadtumbaunotwendigkeiten nicht nur in den neuen Bundesländern gibt, sondern auch im bergischen Städtedreieck, im Siegerland oder im Ruhrgebiet. Darum ist es gut, dass der Bund in diesem Jahr mehr Mittel zur Verfügung stellen wird, als die 33 Millionen €, die im letzten Jahr zur Verfügung gestellt wurden. Wir werden dafür sorgen, dass auch ausreichend Mittel aus Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen, um diese Mittel kofinanzieren. Denn es ist wahr, die Stadtflucht hält in vielen Bereichen an, die Bevölkerung nimmt ab. Auch das ist eine Folge des demografischen Wandels. Darum muss im Bereich des Stadtumbaus West mehr getan werden.

Das Gleiche gilt für das Thema „Soziale Stadt“. Ich bin dankbar dafür, dass der Bund der Verlautbarung nach mehr Mittel im kommenden Jahr zur Verfügung stellen wird, und auch da werden wir dafür sorgen, dass jeder Euro, der aus dem Bund tatsächlich angekündigt wird, hier in Nordrhein-Westfalen verbaut wird, hier in Nordrhein-Westfalen zum Einsatz kommt. Wir werden unsere eigenen Mittel aus Nordrhein-Westfalen dazu verwenden, diese Bundesmittel kofinanzieren.

Ich will auf ein Projekt ganz besonders hinweisen, weil wir dieses Instrument weiter ausbauen wollen und weil es mir ganz besonders gut gefällt. Denn

es enthält ein Element, das unsere Politik in Nordrhein-Westfalen widerspiegelt. Das ist das Programm „Initiative ergreifen“.

Ich glaube, wenn wir allein mit öffentlichen Mitteln versuchen, Stadtumbau oder „Soziale Stadt“ zu verwirklichen, wenn wir allein versuchen, mit kommunalen, mit Landes- und Bundesmitteln Städtebauförderung zu betreiben, dann ist das zu kurz gesprungen. Ich glaube, dass wir viel mehr Private – mit Privaten meine ich jetzt nicht nur Unternehmen, nicht nur Immobilienbesitzer oder Einzelhändler oder andere wirtschaftliche Tätige, sondern damit meine ich auch die Bürgerinnen und Bürger – an solchen Programmen beteiligen müssen.

Wir müssen sie beteiligen an der Erstellung von Konzepten – das ist das eine –, wir müssen sie aber auch beteiligen an den Aufwendungen, die für solche Programme betrieben werden müssen. Das muss nicht immer in Euro und Cent geschehen, sondern das kann wie beispielsweise beim Programm „Initiative ergreifen“ auch durch Muskelhypothek geschehen.

Ich freue mich darüber, dass das Programm „Initiative ergreifen“ großen Zuspruch im Land gefunden hat und dass viele Bürgerinitiativen, viele unterschiedliche Institutionen die Möglichkeit ergriffen haben, nicht nur mit öffentlichem Geld, sondern auch mit eigener Anstrengung einen Beitrag zum Städtebau und zum Wandel in unseren Städten zu betreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss noch eine Bemerkung zum Grundstücksfonds. Jawohl, der Grundstücksfonds ist wichtig, und er wird auch künftig Aufgaben haben. Das ist auch der Grund, warum bei der Veräußerungsabsicht der Landesentwicklungsgesellschaft der Grundstücksfonds vorher abgetrennt worden ist. Dann ist es auch notwendig und richtig, dass man sagt, wie man die Kofinanzierung der europäischen Mittel sicherstellen will und wie ein Grundstücksfonds ausfinanziert werden soll. Wenn dann beispielsweise Überschüsse aus dem Landeswohnungsbauvermögen dazu genutzt werden, ist das eine vernünftige Verwendung von Wohnungsbauförderungsmitteln, nämlich aus dem Überschuss des Landeswohnungsbauvermögens, weil es ganz entscheidend auf das Wohnumfeld ankommt und weil eine Aufwertungsmaßnahme einer alten Branche natürlich ein Beitrag dazu ist, Wohnqualität in einer Stadt zu verbessern. Darum sehe ich da einen sachlichen Zusammenhang, und darum ist es vernünftig, die Überschüsse dafür zu verwenden.

Noch einmal zu Protokoll gegeben: Tatsächlich wird damit das Landeswohnungsbauvermögen nicht angerührt. Es ist noch nicht einmal von einer solchen Vorgehensweise berührt, sondern der Ertrag des Landeswohnungsbauvermögens wird lediglich anders verwandt, als Sie es in der Vergangenheit gemacht haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Es liegen zum Teilbereich „Städtebau und Wohnen“ des Einzelplans 14 keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Deshalb komme ich jetzt zum **Teilbereich „Verkehr“**.

Hierzu hat als Erster der Kollege Jung von der Fraktion der SPD das Wort.

Reinhard Jung^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Zu dieser fortgeschrittenen vorweihnachtlichen Stunde sollte eigentlich schon der Weihnachtsfrieden wirken. Das wäre wünschenswert.

Leider steht gerade jetzt der Verkehrsetat 2007 zur Debatte. Die einzige vorweihnachtliche Assoziation zu diesem Verkehrsetat der Landesregierung ist die Vorstellung eines Wunschzettels, Herr Minister Wittke.

Meine Damen und Herren, leider spiegeln sich in diesem Haushaltsentwurf nicht die Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft in unserem Lande wider, sondern vielmehr die Einsparwünsche des Finanzministers. Der Verkehrsbereich hat im Rahmen der Arbeit der Landesregierung erheblich an Bedeutung verloren.

(Beifall von der SPD)

Wie in einem Steinbruch werden im Verkehrsetat Finanzmittel herausgebrochen, und dem immer Weniger an Finanzmitteln steht ein immer Mehr an Ankündigungen des Ministers gegenüber. Auch hier kann man in trefflicher Weise feststellen: eine Regierung der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von der SPD)

Dafür folgende Beispiele:

Erstens. Die von der CDU/SPD-Regierung im Bund vereinbarten Kürzungen der Regionalisierungsmittel werden nicht wie in anderen auch in CDU-geführten Ländern durch eigene Landesmit-

tel kompensiert – dafür hätte man zum Beispiel die erheblichen Steuermehreinnahmen verwenden können –, sondern gnadenlos an die Verkehrsunternehmen und die Verkehrsverbände weitergegeben. Gleichzeitig wurde vor der Sommerpause 2006 ein intelligentes Sparen durch eine fundamentale Struktur- und Finanzreform des öffentlichen Personennahverkehrs angekündigt. Selbst sieben Monate später liegt außer diesen Ankündigungen dem Parlament nichts vor.

Zweitens. Die Mittel für Sicherheit und Service im öffentlichen Personennahverkehr werden im Verkehrsetat halbiert, also genau in einem Bereich, der mehr anstatt weniger Aufmerksamkeit benötigt.

Zwei Bombenattentatversuchen im nordrhein-westfälischen ÖPNV, Pendlerprotesten und chronischen Verspätungen auf der Schiene begegnet diese Landesregierung mit massiven Mittelkürzungen.

Drittens. Das in der Vergangenheit erfolgreiche Vorgehen, mehr Güter weg von der Straße auf die Schiene zu bringen, wird durch radikale Mittelkürzungen bei den NE-Bahnen und Gleisanschlussprogrammen beendet. Dabei ist es doch gerade die FDP, Herr Rasche, die auf der Schiene stets mehr Wettbewerb angekündigt hat.

Viertens. In dem von Ministerpräsident Rüttgers angekündigten Jahr des Kindes werden die Schülerbeförderungskosten um über 49 Millionen € gekürzt. Gleichzeitig wird ein Schulgesetz verabschiedet, welches durch die Aufhebung von Schulamtsbezirken mehr anstatt weniger Mobilität von Schülerinnen und Schülern erfordert.

(Beifall von der SPD)

Dieser Einschnitt in die Schülerbeförderungskosten betrifft originär eigene Landesmittel, die vor allem im ländlichen Bereich die Grundvoraussetzung für ein öffentliches Verkehrsangebot sind. Bei dem Fingerzeig von Verkehrsminister Wittke auf den Bund im Rahmen der von ihm gern besuchten Protestveranstaltung in der ersten Jahreshälfte zeigen, Herr Minister, immer noch drei eingeknickte Finger auf Sie selbst zurück. Diese drei Finger meinen vor allem die Schüler und das öffentliche Verkehrsangebot, insbesondere im ländlichen Raum, sowie die Verkehrsunternehmen. Alle werden unter diesem Sparvorschlag erheblich zu leiden haben.

Fünftens. Im Landesstraßenbau geht es drunter und drüber. Im CDU-Wahlprogramm – heute noch nachlesbar – wird ein Sonderprogramm Verkehrsinfrastruktur 2010 angekündigt. Die FDP-Fraktion

hat zu ihren Oppositionszeiten für die Jahre 2004 und 2005 Ansatzserhöhungen um über 167 Millionen € für den Landesstraßenbau beantragt. Davon will keine der Koalitionsfraktionen und erst recht nicht diese Landesregierung heute noch irgendetwas wissen.

Vielmehr ist man stolz, den damaligen rot-grünen Straßenbauansatz beibehalten zu können. Und selbst das ist nicht ehrlich. Zum einen werden pressewirksame Sonderprogramme, wie das zur Behebung von Winterschäden im Frühjahr, in diesem Jahr nicht mit neuen Mitteln versehen, sondern aus ein und demselben Topf gefüttert, und zum anderen wird mit der Verkehrsplanung und hier insbesondere mit den Bedarfplänen den Menschen im Land Sand in die Augen gestreut. Immer mehr Maßnahmen finden durch die Fortschreibung der Bedarfpläne dort Berücksichtigung, ohne dass deren Finanzierung auch nur ansatzweise entsprechend fortgeschrieben würde.

Die integrierte Gesamtverkehrsplanung für Nordrhein-Westfalen enthält einen ganzen Maßnahmenkatalog im Bereich Unterhaltung und Instandsetzung, deren Finanzierung völlig ungeklärt ist. Der mit dem vorliegenden Verkehrsetat zu verabschiedende Entwurf des Landesstraßenbauprogramms 2007 enthält 56 Maßnahmen, von denen neun Maßnahmen für das kommende Jahr einen Nullansatz haben, für die also im Jahr 2007 gar keine Mittel vorgesehen sind, und sage und schreibe 29 Maßnahmen einen Mittelansatz von oftmals weit unter 1 Million €. Das heißt, bei über der Hälfte der Maßnahmen im Landesstraßenbauprogramm 2007 wird im Jahr 2007 nichts passieren. Die Aufnahme von Maßnahmen in dieses Bauprogramm ist somit rein symbolischer Natur.

Sechstens. Die Kürzungen im Bereich der Verkehrssicherheit im Haushaltsjahr 2006 werden glücklicherweise im vorliegenden Haushaltsentwurf 2007 wieder rückgängig gemacht, sodass dem SPD-Änderungsantrag vom März diesen Jahres nunmehr in vollem Umfang entsprochen wird, obwohl er damals von den Regierungsfractionen abgelehnt worden ist.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend lässt sich sagen: Im Verkehrsbereich gibt es auch 2007 nichts Neues, außer vielen Versprechungen. Dort, wo sich im Straßenbau in NRW tatsächlich etwas bewegt – und dies gilt auch für die Bonuszahlungen bei schneller Auftragserledigung im Rahmen des Baustellenmanagements –, handelt es sich um Bundesmittel, die sich seit der SPD-Regierungsverantwortung im Bund für NRW Jahr um Jahr erhöht haben.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion lehnt daher den Verkehrsetat mit folgendem Kommentar ab: Wohl dem, der an den Weihnachtsmann glaubt, aber auch er wird an seinen Taten gemessen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Jung. – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Schulte das Wort.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, der Kollege Jung hat sich in der Wiedervorlage vertan. Das war nicht das Jahr 2006. Es war das Jahr 2003, als Sie Forderungen im Rahmen der Verhandlungen des „Düsseldorfer Signals“ gegen Ihren damaligen Koalitionspartner vorgebracht haben. Sie sind damals genauso gescheitert, wie Sie heute mit Ihren Argumenten scheitern werden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Koalition der Erneuerung hat seit ihrem Amtsantritt im Jahre 2005 nicht nur für eine Weichenstellung hinsichtlich des grundlegenden Wandels in der Verkehrspolitik gesorgt, sondern sie hat auch den ideologisch begründeten Vorrang einzelner Verkehrsträger abgebaut. Sie hat es außerdem geschafft, dass insbesondere Planungsrecht für wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen geschaffen wurde.

Im letzten Jahr Ihrer rot-grünen Regierungsverantwortung 2004 haben Sie es sage und schreibe geschafft – ich betone – einen ganzen Planfeststellungsbeschluss auf den Weg zu bringen. 2005, als wir die Verantwortung schon für ein halbes Jahr übernommen hatten, waren es bereits fünf Planfeststellungsbeschlüsse, und im Jahr 2006 sind es 14. Das bedeutet, dass insbesondere Geld aus dem Bundeshaushalt wieder in Nordrhein-Westfalen verbaut werden kann, also nicht mehr in andere Bundesländer fließt, und dass darüber hinaus sogar Geld aus anderen Bundesländern nach Nordrhein-Westfalen gezogen werden kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist die Aufhebung der rot-grünen Blockade in der Verkehrspolitik und ein Neubeginn für eine Investitionstätigkeit zur Verbesserung und Erneuerung unserer Verkehrsinfrastruktur.

Meine Damen und Herren, wir haben eine ganze Reihe von Vorhaben innerhalb kürzester Zeit auf den Weg gebracht. Wir haben die integrierte Gesamtverkehrsplanung nach Ihren Vorgaben, nach Ihrem Gesetz beschlossen. Und wir haben es – nach intensivem Dialog mit den Regionalräten – geschafft, die integrierte Gesamtverkehrsplanung in einem Gesetzentwurf für ein Landesstraßenbedarfsplan umzusetzen, der rechtzeitig vor der SUP auf europäischer Ebene in die Diskussion eingebracht wurde und der es erreicht, dass es erstmals seit 13 Jahren in Nordrhein-Westfalen wieder einen Landesstraßenbedarfsplan gibt. Sie haben das in 13 Jahren nicht geschafft. Sie wussten genau: Wenn Sie diesen Versuch unternommen hätten, hätte das die rot-grüne Koalition zum Platzen und zum Scheitern gebracht, weil Sie diesen Kompromiss nicht erreichen konnten.

(Beifall von CDU und FDP – Johannes Remmel [GRÜNE]: Dummes Zeug ist das!)

Auch vor dem Hintergrund unserer Finanzlage bleibt der Landesstraßenbau in 2007 von pauschalen Kürzungen ausgeschlossen. Für den Neubau und für die Unterhaltung stehen rund 134 Millionen € zur Verfügung. Neben der Ausfinanzierung bereits begonnener Maßnahmen bedarf es einer besonderen Strategie für die Finanzierung notwendiger Unterhaltungsmaßnahmen. Erstmals werden in 2007 die Unterhaltungsmaßnahmen gegenüber den Maßnahmen für Neubau und Ergänzung von Landesstraßen das Übergewicht haben, weil es darauf ankommen wird, Substanz zu sichern und zu erhalten.

Wir haben des Weiteren Eckpunkte für das Gerüst der künftigen Struktur und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs dargestellt. Wir sind derzeit im intensiven Gespräch mit den kommunalen Aufgabenträgern und werden 2007 so rechtzeitig einen Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren einbringen, dass auch unter Berücksichtigung kommunaler Vorarbeiten ein Inkrafttreten zum 1. Januar 2008 unproblematisch möglich ist.

Auf die ÖPNV-Aufgabenträger kommen bis 2010 keine weiteren Kürzungen der Landesmittel zu. Das schafft Planungssicherheit. Aber – und das sage ich ganz deutlich – NRW wird keine Haushaltsmittel zur Kompensation von Kürzungen der Regionalisierungsmittel des Bundes für den SPNV aufbringen. Eine solche Kompensation würde dem Ziel weiterer Ausschreibungen von Verkehrsleistungen widersprechen und ordnungspolitisch nicht mit dem grundgesetzlichen Finanzierungssystem des SPNV vereinbar sein, das 1994 von allen Parteien im Deutschen Bundestag einvernehmlich im Grundgesetz festgeschrieben wurde.

Der Rhein-Ruhr-Express hat in dieser Woche für besondere Akzente gesorgt. Die Vereinbarung zwischen Bund, Land und DB konnte unterzeichnet werden. Damit wurde erreicht, dass schon in den nächsten Monaten 20 Millionen € für die Planung des RRX nach Nordrhein-Westfalen fließen werden. Der RRX ist das neue Premiumprodukt des Nahverkehrs in NRW. Wir werden dafür Sorge tragen, dass es behutsam in das Netz des öffentlichen Nahverkehrs in Nordrhein-Westfalen eingegliedert wird. Ich denke, dass wir demnächst im Ausschuss für Bauen und Verkehr die Möglichkeit haben werden, für dieses wichtige Infrastrukturprojekt ein gemeinsames Vorgehen aller Fraktionen in diesem Hause zu finden.

Wir sind froh darüber, dass es uns gelungen ist, die Position NRW in Berlin für das künftige Konzept der Deutschen Bahn AG durchzusetzen. Die Weichen für die Kapitalprivatisierung sind gestellt. Des Weiteren berücksichtigt der Haushaltsplanentwurf 2007 die Veränderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. Im Rahmen der Föderalismusreform erhält Nordrhein-Westfalen bis 2013 Kompensationsmittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Kommunen nach dem bisherigen Schlüssel. Bis 2019 werden diese Mittel unter Wegfall der Zweckbindung schrittweise reduziert. Den damit verbundenen Herausforderungen werden wir uns zu stellen haben.

Der Logistikstandort NRW wird nur dann international konkurrenz- und wettbewerbsfähig bleiben, wenn über die Betuwe-Linie und den Eisernen Rhein die Anbindung der großen Häfen in Rotterdam und Antwerpen erfolgen wird. Auch im nächsten Jahr werden wir erste konkrete Ansätze für die Realisierung beider Vorhaben in Angriff nehmen können.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Einzelplan 14 ist eine gelungene Mischung aus Konsolidierung und Erschließung und Eröffnung neuer Chancen. Wir wissen, dass auch der Verkehrsbereich Beiträge zur Konsolidierung der Finanzen in diesem Lande erbringen muss. Dafür haben Sie in den letzten Jahren diesen Verkehrs-etat schon sehr stark heruntergefahren. Wir werden alles tun, um ihn auf das notwendige Maß zurückzuführen. Wir werden die neuen Chancen nutzen, um mit den Mitteln so intelligent arbeiten zu können, dass wir sowohl auf der Straße und in der Luft als auch auf den anderen Verkehrsträgern zu neuen Systemen und Herausforderungen finden. In diesem Sinne stimmen wir dem Haushalt zu und wären froh, wenn Sie auch dabei wären, diese Chance zu nutzen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Becker das Wort.

Horst Becker⁷⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was macht ein Verkehrsmi-nister mit kleinen Leistungen, um in die Presse zu kommen? Er macht einen schädlichen und überflüssigen Modellversuch mit Riesen-Lkws.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Pfui!)

Dieses Vorgehen ist Methode: Ankündigungen statt Lösungen, Dauerstau auf den Straßen statt intelligente Mobilität für alle! Mit dieser Landesregierung wird das Bahnland Nr. 1 in die verkehrspolitische Vergangenheit zurückkatapultiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mit dem Modell der Straßenvorrangpolitik kehren wir in die Politik der 70er-Jahre zurück. Klimakatastrophe und die Herausforderungen des demografischen Wandels sind bei diesem Verkehrsmi-nister offensichtlich noch nicht angekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Land Nordrhein-Westfalen gibt die Kürzung der Regionalisierungsmittel mit 87,2 Millionen € vollständig an die Zweckverbände, die Verkehrsunternehmen und die kommunalen Aufgabenträger weiter. Eine zumindest teilweise Kompensation aus den Straßenbaumitteln oder den Mehreinnahmen zum Beispiel der Mehrwertsteuer ist nicht vorgesehen.

Herr Kollege Schulte, die CDU-regierten Länder Hessen und Schleswig-Holstein handeln anders. Das zeigt: Es wäre gegangen, die Kürzungen der Regionalisierungsmittel mit eigenen Landesmitteln, insbesondere aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer, auszugleichen.

Die grüne Landtagsfraktion hat im Verlauf der Haushaltsberatungen beantragt, die Kürzungen der Regionalisierungsmittel aus dem Landshaushalt auszugleichen. Wir werden das heute erneut beantragen. Im Ausschuss hat das neben der CDU und der FDP auch die SPD abgelehnt – mit, wie ich meine, etwas fragwürdigen Begründungen, nämlich mit dem Hinweis, die Gegenfinanzierung könne ja eventuell auch aus Einsparungen bei der Steinkohle kommen. Ich bin gespannt. Nach dem, was ich heute gehört habe, kritisieren Sie exakt das Gleiche in diesem Bereich wie wir. Ich würde mich freuen, wenn sie unseren Anträgen zustimmen.

Am stärksten betroffen ist die Infrastrukturförderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die öffentlichen Verkehrsunternehmen in NRW müssen mit 57,3 Millionen € weniger als geplant auskommen. Das bedeutet eine Kürzung von ca. 30 % im Vergleich zu dem ursprünglich vorgesehenen Betrag. Es muss daran erinnert werden, dass Sie, Herr Minister Wittke, bereits im Juni 2006 einen landesweiten Planungsstopp für insgesamt 16 Schienenausbauvorhaben erlassen haben. Dies bedeutet einen Investitionsstillstand für Bahnen und Busse in NRW.

Der Schienenpersonennahverkehr ist bei den Betriebsmitteln von einer Kürzung um 15,8 Millionen € im Jahr 2007 betroffen. Die für den Schienenpersonennahverkehr dann noch verfügbaren Mittel in Höhe von 781 Millionen € entsprechen dem vom Verkehrsausschuss des Landtags bereits beschlossenen SPNV-Finanzierungsplan.

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr zum Beispiel wird im Jahr 2007 1,2 % seiner Leistungen zurückfahren und 519.000 Zugkilometer abbestellen. Das bedeutet weniger Mobilität für die Menschen in NRW.

Auch die Fahrzeugförderung nach dem ÖPNV-Fördergesetz für Busse und Bahnen ist von einer Kürzung um 6,4 Millionen € betroffen. Die Aufgabenträger, die öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen, erhalten demnach knapp 6 % weniger Mittel als ursprünglich vorgesehen. Das bedeutet schlechte und alte Busse und Bahnen für NRW.

2,6 Millionen € werden bei den Ausgleichszahlungen für die verbilligte Beförderung von Schülern, Auszubildenden und Studenten gekürzt. Dabei ist übrigens zu berücksichtigen, dass die Landesregierung in NRW schon vorher beschlossen hatte, die Berechnungsgrundlage für diese Zahlungen so zu ändern, dass im Landeshaushalt 2007 knapp 50 Millionen € eingespart werden. Das bedeutet, dass Familien mit den Mehrkosten belastet werden.

Die restlichen 5 Millionen € werden bei dem Landesprogramm für Qualität, Sicherheit und Service gekürzt. Das bedeutet eine Reduzierung der bisher zur Verfügung gestellten Mittel um 50 %.

Insgesamt kann man feststellen, dass es weniger Service und weniger Sicherheit für Busse und Bahnen geben wird.

Aber eines ist bei dieser Landesregierung klar: Der Straßenbau und die Subventionen für den Luftverkehr brauchen bei Ihnen nichts fürchten. Ein diesbezüglicher Konsolidierungsbeitrag ist bei

Ihnen eine Fehlanzeige. Genau deshalb, Herr Kollege Rasche, stimmt es nicht – wie Sie das im Zweifelsfall gleich in Ihrer Rede wieder behaupten werden –, dass Sie die Verkehrsträger gleichbehandeln.

Diese Regierung und dieser Verkehrsminister zeichnen sich aber auch durch Rechtsbruch und fragwürdiges Vorgehen im Luftverkehr aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich erinnere an die Genehmigung in Düsseldorf, die angeblich unter Vorbehalt gegeben wurde. Ein Gericht hat Ihnen bestätigt, dass die Genehmigung – zumindest so, wie Sie sie in Kraft gesetzt haben – zurzeit nicht rechtmäßig ist. Diesen Vorbehalt können Sie bis heute nicht berücksichtigen und der Flughafen kann nach wie vor mit Bewegungszahlen operieren, die von einem Gericht längst – zumindest vorübergehend – gestoppt worden sind.

Ich erinnere auch an die Vorgänge in Essen und an das Musterbeispiel „kleine Düse“, bei dem Sie mit fragwürdigen Messungen mit dem Flughafen zusammen versuchen, Ihr Vorhaben gegen die Träger des dortigen Flughafens durchzusetzen.

Zu einem anderen Thema will ich Ihnen noch einmal ausdrücklich unsere Zusammenarbeit anbieten. Beim Thema RRX ist es aus nordrhein-westfälischer Sicht notwendig, gegenüber dem Bund eine gemeinsame Position zu definieren. Dazu gehört aber auch, dass Sie die Karten offen auf den Tisch legen und sich zusammen mit uns dagegen wehren, dass Fernverbindungen im Ruhrgebiet und in anderen Knotenpunkten gestrichen werden, und dass Sie vor allen Dingen sagen, wie Sie sich die Finanzierung der jetzt in Rede stehenden 30 Millionen € vorstellen, und zu wessen Lasten diese gehen soll. Es kann nicht sein, dass Kürzungen im ländlichen Raum die Kosten ausgleichen müssen, die der RRX an Landesmitteln kosten soll.

Insgesamt verfehlt dieser Verkehrshaushalt sein Ziel – wenn das denn Ihr Ziel gewesen sein sollte -, mehr und gute Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger in dem Mobilitätsland Nummer eins der Bundesrepublik Deutschland, nämlich in Nordrhein-Westfalen, bereitzustellen. Sie setzen die falschen Schwerpunkte und steuern das Land Nordrhein-Westfalen in der Verkehrspolitik letztlich vor die Wand. So wie Sie vorgehen, werden Sie nicht weniger, sondern mehr Staus im Straßenverkehr ernten.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Das ist die Erneuerung!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Danke, Ihnen auch. Mobilität – also Verkehr und Logistik – auf der einen Seite sowie Arbeitsplätze und Wirtschaft auf der anderen Seite gehören untrennbar zusammen. Das ist ein Grundverständnis, was Rot-Grün in zehn Jahren Regierungsverantwortung völlig ausgeblendet hat. Mobilität ist die Voraussetzung für hohe Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, für die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen, für Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen und für das Wachstum unserer Wirtschaft.

Gerade Nordrhein-Westfalen als eines der größten Ballungsgebiete Europas mit einem extrem wachsenden Transitverkehr benötigt eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist das Ziel der nordrhein-westfälischen Verkehrspolitik, die verschiedenen Verkehrsträger bedarfsgerecht auszubauen und besser miteinander zu vernetzen. Die sich bietende Chance, Nordrhein-Westfalen zu einer Logistikkreuzung Europas auszubauen, wollen und müssen wir nach Möglichkeit gemeinsam ergreifen. Wir stehen angesichts der extremen Verkehrsprognosen vor gewaltigen Herausforderungen. Von heute auf morgen lassen sich die verkehrspolitischen Probleme des Landes nicht lösen.

Meine Damen und Herren, die alte Landesregierung hat uns zahlreiche Baustellen hinterlassen. Herr Jung hat eben seine Ausführungen so schön numerisch aufgebaut. Das möchte ich jetzt auch gerne tun:

Erstens. Der NRW-Straßenzustandsbericht zeigt Rot-Grün nachträglich die rote Karte. Der erstmals von der neuen Landesregierung vorgelegte Straßenzustandsbericht hat ergeben, dass 40 % des landesweiten Straßennetzes in einem unbefriedigenden Zustand sind, davon 18 % sogar in einem sehr schlechten Zustand. Im Bereich der Landesstraßen haben wir für Instandhaltung, Instandsetzung und Erneuerung einen finanziellen Nachholbedarf von mindestens 322 Millionen €

Das, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis einer Verkehrspolitik, die über viele Jahre die Landesstraßen sträflich vernachlässigt hat.

(Beifall von der FDP)

Zweitens. Die Investitionen wurden von Rot und Rot-Grün kontinuierlich zurückgefahren: Zwischen 1980 und 2005 sind die Investitionsmittel für den Landesstraßenbau von jährlich 280 Millionen € auf rund 130 Millionen € zurückgefahren worden, und zwar bei stetig wachsendem Verkehrsaufkommen.

Für den Bereich Erhaltung, der einigen angeblich so wichtig ist, standen 1980 noch 65 Millionen € zur Verfügung. In den Folgejahren lag dieser Betrag lange Zeit bei etwa 40 Millionen € und erreichte 1998 mit 27 Millionen € einen absoluten Tiefstand.

Drittens. Noch ein Blick auf die Baustellen, die uns Rot-Grün hinterlassen hat: Bundesfernstraßen! Dabei wird Nordrhein-Westfalen klar benachteiligt. Es gab Zeiten, in denen hatte Nordrhein-Westfalen einen Anteil von 26 % an den Bundesverkehrswegeplänen und Straßenbedarfsplänen. Der Anteil, der 2003 letztmalig mit dem Bund verhandelt wurde – in diesem Fall von Rot-Grün –, beträgt aktuell nur noch 16 %. Aufgrund der Einwohnerzahl und der explodierenden Transitverkehre stünden uns sicherlich zwischen 22 und 24 % zu.

Viertens. Unter Rot-Grün gab es zu wenig baureife Projekte. Nordrhein-Westfalen war unter der Vorgängerregierung zum Teil nicht in der Lage, die ohnehin knappen Bundesmittel komplett abzurufen, weil baureife Projekte fehlten. So gab es zum Beispiel im Jahr 2004 nur einen oder zwei Planfeststellungsbeschlüsse.

Die Blockadepolitik beim Straßenbau hat die neue Koalition von CDU und FDP beendet.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr werden mindestens 13 Planfeststellungsbeschlüsse gefasst werden. Sollte es zusätzliches Geld aus Berlin geben, können wir dieses auch verbauen.

Fünftens. Schienenverkehr! Versprochen hatten Sie einen Metrorapid und dann einen Rhein-Ruhr-Express, der bis 2006 fahren beziehungsweise schweben würde. Gehalten haben Sie von diesen Versprechen nichts, absolut nichts. SPD und Grüne pusten sich aktuell als die Schienenlobbyisten auf. Doch auch im Bereich der Schienenverkehrspolitik lagen Anspruch und Wirklichkeit von rot-grüner Verkehrspolitik weit auseinander. Der Rhein-Ruhr-Express, der – wie der Vorgänger Metrorapid – schon zur WM 2006 die Gäste aus aller Welt befördern sollte, fährt nicht. Zwischen Dortmund und Köln werden die Engpässe immer

schlimmer, die Verspätungen immer größer. Das ist eine Folge Ihrer Politik.

Vor diesem Hintergrund freut es mich ganz besonders, dass Verkehrsminister Oliver Wittke am Dienstag dieser Woche die Planungsvereinbarung zwischen Bund und der DB unterzeichnen konnte. Nach unserer Auffassung muss der entscheidende Schritt allerdings noch kommen. Das ist die Finanzierungsvereinbarung. Ich bin gespannt, wie der Bund dann zu seinen Aussagen steht. Ich bin noch viel mehr gespannt, wie die Deutsche Bahn dann zu ihren Aussagen steht. Denn immer dann, meine Damen und Herren, wenn es um Geld geht, tut sich die Deutsche Bahn ganz besonders schwer.

Die Bundesregierung – CDU- und SPD-geführt – mit Bundesfinanzminister Steinbrück und Bundesverkehrsminister Tiefensee hat die Mittel für den Schienenpersonennahverkehr radikal gekürzt, übrigens gegen jede verkehrspolitische Logik.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Warum hat die Bundeskanzlerin nicht eingegriffen?)

Die nordrhein-westfälischen Genossen konnten die Kürzungen der Berliner Parteifreunde übrigens nicht verhindern. Die Landesregierung hat die Kürzungen massiv bekämpft. Ich gebe gerne zu: Verhindern konnten wir sie auch nicht, aber wir haben schließlich im Bundesrat klare Kante gezeigt.

Die Opposition fordert heute, die Landesregierung müsse die Kürzungen kompensieren. Meine Damen und Herren, das ist eine überaus kurzsichtige Forderung. Wir haben das Geld überhaupt nicht, um diese Kürzungen aufzufangen. Andere Länder, die vorgeben, sie würden diese Kürzungen teilweise auffangen, handeln doch in Wahrheit – das wissen Sie ganz genau – ganz anders:

Sie haben diese Mittel in der Vergangenheit zweckentfremdet eingesetzt und setzen sie jetzt plötzlich für den Nahverkehr ein. Das heißt: Sie haben diese Mittel irgendwo im Haushalt des Landes geparkt. Von dort nehmen sie diese Mittel jetzt weg und setzen sie dort ein, wo sie eigentlich hingehören, nämlich im Nahverkehr. Von der Mehrwertsteuer – so haben Sie eben argumentiert –, den Einnahmen, die die Länder bekommen, benötigen sie dazu keinen einzigen Euro, keinen einzigen Cent.

(Allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, außerdem würde Nordrhein-Westfalen dem Bund ein völlig falsches Signal geben. Der Bund würde sich dann möglicherweise auch bei anderen politischen Aufgaben

in Zukunft aus seiner Finanzverantwortung zurückziehen. So würde ich als Finanzminister im Bund auch handeln. Wenn die Länder meinen, sie könnten den Nahverkehr selber bezahlen, weil sie zusätzliche Steuereinnahmen haben, könnten der Bund auch in Zukunft die Mittel für den Nahverkehr kürzen. Meine Damen und Herren, diesen Weg sollten wir auf keinen Fall gehen.

Die Verkehrspolitik von Schwarz-Gelb ist klar aufgestellt:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihre Koalition hört Ihnen nicht zu, das ist das Problem!)

– Die wissen aber, was ich sagen wollte. Für Sie ist das wahrscheinlich interessant und wichtiger.

(Beifall von FDP und CDU)

Bei uns gibt es eine Gleichbehandlung der Verkehrsträger, und zwar aller Verkehrsträger. Eine Vorzugsbehandlung des Verkehrsträgers Schiene gibt es bei uns nicht. Wir müssen alle Verkehrsträger gleichbehandeln, damit wir unsere Verkehrsprobleme lösen.

Der Mitteleinsatz – das als zweiter Punkt – erfolgt bei uns so, dass dabei ein größtmöglicher Nutzen herauskommt. Nur der größte Verkehrswert eines jeden Euro bringt Nordrhein-Westfalen weiter. Einige Träume und ideologische Projekte der Grünen tun dies nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben die integrierte Gesamtverkehrsplanung abgeschlossen und den Landesstraßenplan erstmals seit 1993 fortgeschrieben. Wir haben im Landesstraßenbau im Haushalt 2007 insgesamt 133 Millionen € veranschlagt. Trotz der extrem engen finanziellen Situation haben wir dort keine Mittel gekürzt.

Der Antrag der Grünen, meine Damen und Herren – jetzt spreche ich die Kollegen der SPD an –, den Landesstraßenaus- und -neubau radikal auf nur noch 10 Millionen € zu kürzen, würde zu zahlreichen Bauruinen in Nordrhein-Westfalen führen. Ich bin gespannt, ob sich die SPD bei diesem Antrag erneut enthält wie bei den meisten anderen Anträgen, oder ob sie entsprechend ihrer eigenen Auffassung, die uns bekannt ist, den Mut hat, diesen Antrag der Grünen abzulehnen.

Planungsverfahren werden beschleunigt. Einige Städte in Nordrhein-Westfalen sind ganz besonders vom Feinstaub belastet – im Ruhrgebiet, aber auch im ländlichen Raum. Oft sind dort Umgehungsstraßen die einzige Lösung. FDP und

CDU werden sich insbesondere in diesen Städten für schnelle Lösungen einsetzen.

(Beifall von FDP und CDU)

Betuwelinie, RRX und Eiserner Rhein sind wichtige logistische Projekte und Voraussetzung für eine Logistkdrehscheibe Nordrhein-Westfalen, die wir hoffentlich alle gemeinsam erreichen wollen. Das neue ÖPNV-Gesetz stellen wir Ihnen im ersten Quartal vor.

Meine Damen und Herren, unter Rot-Grün war die Verkehrspolitik geprägt durch Streit und Stillstand. CDU und FDP haben diesen Stillstand beendet und mit der Wende in der Verkehrspolitik riesige Chancen für Nordrhein-Westfalen eröffnet. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. Das waren exakt zehn Minuten und zwei Sekunden. – Herr Minister Wittke hat das Wort zum Einzelplan 14, Teilbereich „Verkehr“. Bitte, Herr Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In aller Kürze erstens zu den Landesstraßen: Wir geben im kommenden Jahr 133,7 Millionen € aus. Das sind 5 Millionen € mehr als im letzten Regierungsjahr von Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Allerwichtigste ist: Das Geld wird auch ausgegeben, weil der Finanzminister nicht am Jahresende mit einer globalen Minderausgabe oder einer Haushaltssperre kommt. Auch das ist ein Unterschied zu Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweiter Punkt: Bundesfernstraßen. Wir haben – darauf bin ich ein Stück weit stolz, darum will ich es heute vortragen – einen neuen Rekord aufgestellt. Wir werden in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen für den Betrieb, den Bau und die Unterhaltung von Bundesfernstraßen 934 Millionen € ausgeben. Das sind 150 Millionen € mehr als 2004 und 250 Millionen € mehr als 2003.

(Beifall von CDU und FDP)

Das, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, war nur möglich, weil sich niemand mehr für einen Planfeststellungsbeschluss in Nordrhein-Westfalen zu entschuldigen braucht.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Stra-

ßen NRW, bei den Bezirksregierungen und in meinem Haus bedanken. Sie haben Schwerstarbeit geleistet, denn zum ersten Mal seit über 20 Jahren geben wir keine Bundesmittel zurück. Ganz im Gegenteil: Wir profitieren von zurücklaufenden Mitteln aus anderen Bundesländern. Das ist ein toller Erfolg für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens zur Schiene: Mit der Unterzeichnung des Vertrags über die Vorplanung kann der RRX auf die Schiene gesetzt werden. Für diese Vorplanung kommen 20 Millionen € Fördermittel vom Bund. Damit sind wir nach anderthalb Jahren CDU-/FDP-Regierungsverantwortung mit dem Rhein-Ruhr-Express weiter als alle anderen Vorgängerregierungen mit Metrorapid, Metroexpress und wie sie alle hießen. So stelle ich mir Schienepolitik für Nordrhein-Westfalen vor.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, letzte Bemerkung zu den Regionalisierungsmittelkürzungen: Jawohl, es ist wahr, der Bund hat die Regionalisierungsmittel gekürzt. Das tut weh. Jawohl, Herr Becker, es ist auch wahr, dass Hessen und Bayern so tun, als würden sie jetzt Landesmittel nehmen und diese Kürzungen teilweise ausgleichen. Tatsächlich tun sie es aber nicht, weil sie schon in der Vergangenheit rechtswidrig Schülerbeförderungskosten aus Regionalisierungsmitteln gezahlt haben, was wir zumindest seit Regierungsübernahme durch Christdemokraten und Liberale in Nordrhein-Westfalen nicht getan haben. Von daher sind Sie einer Mogelpackung aufgesessen, Herr Becker.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist der Zirkus noch so klein, einer muss der Letzte sein. Das durfte ich heute als letzter Redner im Jahr 2006 vor diesem Hohen Hause sein. Darum Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Hat sich noch jemand zu Wort gemeldet? –

(Zurufe: Nein!)

Das ist offenbar nicht der Fall. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit bleibt wahr, was der Minister gerade gesagt hat.

(Zahlreiche Zurufe)

– Mal sehen, ob Sie sich noch ein bisschen beruhigen, wir haben schließlich Adventszeit. Das ist eine Zeit der Stille.

(Heiterkeit)

Herr Minister Wittke bleibt also im Recht, wenn er sagt, er war heute der letzte Redner im Landtag in Sachen Haushaltsberatung.

Damit kommen wir zum Ende der Beratung, wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Im Übrigen war es auch für Sie, Herr Minister, in gewisser Weise ein vorgezogenes Weihnachtsfest, denn der Applaus war wirklich anrührend.

(Beifall von CDU und FDP)

Über so viel Freude kommen wir zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 14**.

Ich darf Ihnen noch eine freudige Überraschung bereiten: Ich freue mich sehr, dass die Fraktionen meinem Vorschlag gefolgt sind und wir in diesem Fall ausnahmsweise die **Änderungsanträge** von Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 14 mit den laufenden Nummern 77 bis 87 – das sind die **Drucksachen 14/3265, 14/3266, 14/3267, 14/3268, 14/3269, 14/3270, 14/3271, 14/3272, 14/3273, 14/3274 und 14/3275** – en bloc abstimmen können. Wer ist für diese Änderungsanträge? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diese Anträge? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich bei diesen Anträgen? – Die Fraktion der SPD. Damit sind die Änderungsanträge **abgelehnt**.

Damit komme ich zur Schlussabstimmung über den **Einzelplan 14** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3014**. Wer ist für die Annahme dieses Einzelplans in der vorliegenden Form? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die beiden Oppositionsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen damit zu den **Abstimmungen zum Haushaltsbegleitgesetz 2007**. Die Diskussion darüber haben wir gestern und heute geführt, so dass wir jetzt zur Abstimmung kommen können, und zwar erstens über den **Änderungsantrag** entsprechend der Übersicht Nr. 91 Tischvorlage. Ich rufe die **Drucksache 14/3309** auf und frage, wer für diesen Änderungsantrag ist. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? – Die SPD-

Fraktion. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über das **Haushaltsbegleitgesetz** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3021**. Wer dafür ist, der hebe die Hand. – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist gegen das Haushaltsbegleitgesetz? – Das sind die beiden Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit sind die Beschlussempfehlung und das Haushaltsbegleitgesetz in zweiter Lesung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen damit zu den **Abstimmungen zum Haushaltsgesetz 2007**. Die Diskussion dazu haben wir gestern und heute geführt. Wir kommen also entsprechend der Vereinbarung zur Abstimmung, und zwar erstens über die Änderungsvorschläge entsprechend der Übersicht Nummern 88 bis 90 der Tischvorlage.

Ich rufe die laufende Nummer 88, **Änderungsantrag Drucksache 14/3306**, auf. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich der Stimme? – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich rufe auf die laufende Nr. 89, **Änderungsantrag Drucksache 14/3307**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen und die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich komme zur laufenden Nr. 90, **Änderungsantrag Drucksache 14/3308**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich komme nun zur Abstimmung über den **Gesamthaushalt entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/3000**. Wer ist für die Annahme dieser Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die Oppositionsfraktionen SPD und Grüne. Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen und der Haushalt **in zweiter Lesung verabschiedet**.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Zur Vorbereitung der dritten Lesung stimmen wir nunmehr über die **Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 2007** und des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2007 an den **Haushalts- und Fi**